BBV-ZEITUNG aktuell

DER ULTIMATIVE WAHL-REPORT APRIL 2017

OB-Wahl in Fürstenfeldbruck am 7. Mai 2017 – weshalb ich kandidiere

Am 7. Mai wird ein neuer Oberbürgermeister für Fürstenfeldbruck gewählt. Leider macht die schwere Erkrankung von OB Klaus Pleil die Neuwahl notwendig. Dem scheidenden OB wünsche ich für seine Genesung alles Gute.

Von der Brucker Bürgervereinigung (BBV) und den Fürstenfeldbrucker GRÜNEN nominiert, habe ich mich entschlossen, für das Amt des Fürstenfeldbrucker Oberbürgermeisters zu kandidieren.

Meine Ziele als Oberbürgermeister der Stadt Fürstenfeldbruck

Fürstenfeldbruck ist eine lebens- und liebenswerte Stadt und das soll auch so bleiben. Es gilt, den vom OB Klaus Pleil eingeschlagenen Weg fortsetzen und dabei möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Besonders wichtig sind mir:

- *die Überplanung und Entwicklung des Fliegerhorstgeländes zu einem integrierten Stadtteil mit den Funktionen Wohnen, Arbeiten, Freizeit/Sport und Naturraum,*
- *die Gestaltung des Viehmarktplatzes zu einem attraktiven Ort für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, aber auch für Besucher,*
- *intelligente Maßnahmen zur Lösung der Verkehrsprobleme bei Berücksichtigung der Interessen aller Verkehrsteilnehmer, also Fußgänger und Radlfahrer, ÖPNV-Nutzer und Autofahrer,*
- *die Entwicklung zukunftssicherer Strategien für städtische Unternehmen und Beteiligungen wie Stadtwerke, Industha und Sparkasse sowie die Förderung der Wirtschaft,*
- *das Schaffen von preisgünstigem Wohnraum, auch um einigermaßen ausgeglichene soziale Strukturen zu erhalten.*

Mein Verständnis vom Amt des Oberbürgermeisters:

Der Oberbürgermeister ist Repräsentant der Stadt, er leitet die Sitzungen des Stadtrates und er ist Chef der Verwaltung. Oberstes Organ aber ist der Stadtrat. Der OB ist das Bindeglied zur Stadtverwaltung, er hat für die Umsetzung der Beschlüsse des Stadtrates und für das Funktionieren der laufenden Geschäfte zu sorgen. Selbstverständlich kann und soll der OB nicht nur moderieren und umsetzen, sondern auch – im Verein mit den Bürgern und dem Stadtrat – steuern und sich um zielführende Prioritätensetzung kümmern.

Was bringe ich mit für das Amt des Oberbürgermeisters:

Gute Kontakte in Ministerien sowie zu Mitarbeitern zahlreicher weiterer Behörden und öffentlicher Einrichtungen wie Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), LfA Förderbank Bayern oder Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) durch meine Arbeit im Landtag, v.a. aber durch meine Forschungs- und Lehrtätigkeit an der Münchner Universität.

Einen reichen Wissens- und Erfahrungsschatz zu politischer und insbesondere kommunalpolitischer Arbeit aufgrund meiner langjährigen Tätigkeit als Gemeinde- und Kreisrat sowie als Mitglied in den Aufsichtsgremien verschiedener öffentlicher Unternehmen in der Energieversorgung, der Wasserversorgung, der Abfall- und Abwasserentsorgung sowie im Sparkassenwesen.

Dr. Martin Runge und Klaus Pleil vor dem Brucker Rathaus am 28. März 2017. Foto: Carmen Voxbrunner

Den direkten Draht zu verschiedenen „Partnern“ der Kreisstadt wie dem staatlichen Landratsamt und dem Landkreis als kommunaler Einrichtung, dem Klinikum Fürstenfeldbruck und der Kreis- und Stadtsparkasse aus meiner mehr als 30jährigen Mitgliedschaft im Fürstenfeldbrucker Kreistag.

Einsatzfreude, Leistungsbereitschaft, Ideenreichtum, Kreativität, Durchsetzungsvermögen.

Mein Versprechen als Oberbürgermeister der Stadt Fürstenfeldbruck:

Als OB von Fürstenfeldbruck werde ich mich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass

- *die vom scheidenden OB Klaus Pleil begonnenen Projekte wie die Neugestaltung des Viehmarktplatzes und die Förderung des Fußgänger- und Fahrradverkehrs fortgeführt und erfolgreich umgesetzt werden,*
- *Fürstenfeldbruck weiterhin über eine leistungsfähige, motivierte und engagierte Stadtverwaltung verfügt*
- *Fürstenfeldbruck auch in Zeiten, in denen uns die Überhitzung im Münchner Ballungsgebiet immer mehr zu schaffen macht, gleichermaßen eine zukunftsfähige wie eine lebens- und liebenswerte Stadt bleibt.*

Was ist wichtiger: der Wohnsitz eines Kandidaten oder seine Qualifikation?

Für einen hauptberuflichen 1. Bürgermeister oder Oberbürgermeister besteht in Bayern keine Wohnortspflicht, auch Residenzpflicht genannt.

Damit wird die Möglichkeit der Bürger, unter hoch qualifizierten Bewerbern für das schwierige Amt auswählen zu können, sehr erleichtert.

In Bayern ist die Wahl eines 1. Bürgermeisters oder Oberbürgermeisters, der aus einem anderen (oft benachbarten) Ort stammt, keineswegs selten:

Der (hauptamtliche) Bürgermeister von Grafrath wohnt in Hattenhofen; der vor einigen Monaten überraschend verstorbene Bürgermeister von Memmingen stammte nicht aus dieser Stadt.

Ältere Semester können sich wohl noch daran erinnern, dass der langjährige Brucker Stadt- und Kreisrat Ludwig Lösch („Der schwarze Lugg“) sich einst um das Bürgermeisteramt in Maisach beworben hat.

Auch Behördenchefs werden meistens von auswärts genommen.

Warum?

Qualifizierte Bewerber aus der eigenen Behörde haben Freundschaften zu Kollegen aufgebaut oder sind dem einen oder anderen in herzlicher Abneigung verbunden: Wenn sie an die Spitze des Amtes rücken würden, wären Probleme programmiert (besondere Erwartungen, Voreingenommenheit etc.).

Gleiches gilt für Bürgermeisterkandidaten aus der eigenen Stadt. Sie haben in der Regel gute Freunde, Kollegen aus Sportvereinen usw. in der Stadtverwaltung, was im Falle ihrer Wahl zu starkem Erwartungsdruck und Konflikten führen kann.

Koan Neuer

Man stelle sich vor, eine große Firma dürfe Spitzenpositionen nur mit Menschen aus dem Ort des Firmensitzes besetzen! Oder die Firma FC Bayern hätte als Torhüter unbedingt einen Münchner nehmen müssen – der vermutlich weltbeste Torwart Manuel Neuer wäre wohl längst im Ausland tätig (erinnern Sie sich an die Kampagne „Koan Neuer“?).

Neutralität und Unvoreingenommenheit eines Behördenchefs durch Herkunft von außen sind für den ganzen Betrieb von Vorteil!

Entscheidend ist die Qualifikation

Und nun zum Wesentlichen, zur Qualifikation: Was muss ein Oberbürgermeister in einer Stadt wie Fürstenfeldbruck mit 400 Rathausmitarbeitern können?

Er sollte über langjährige Erfahrung im Umgang mit Ämtern, Behörden und Regierungen verfügen, Stadtratssitzungen und Ausschüsse souverän leiten können, in den Gremien Mehrheiten für die Stadtgestaltung ohne persönliche Befindlichkeiten suchen und finden.

Das oberste Entscheidungsgremium der Stadt ist der Stadtrat, und der Bürgermeister ist Chef der Verwaltung. Als solcher kann er die Stadträte und Verwaltungsmitarbeiter nur überzeugen, wenn er kompetent und erfahren ist und sich in den Regularien der Verwaltungsabläufe und den gesetzlichen Vorschriften auskennt.

Karikatur: Guido Zingerl

Mancher frisch gewählte Bürgermeister ist mangels Ausbildung und Erfahrung eine Zeitlang eine Art Azubi einzelner Amts- und Abteilungsleiter.

Bei Dr. Martin Runge wäre das anders: Mit seiner Erfahrung kann er sofort richtig loslegen.

Am 7. Mai entscheiden Sie, wer in Fürstenfeldbruck Oberbürgermeister wird. Informieren Sie sich über die Kandidaten, prüfen Sie die Voraussetzungen, die Qualifikation, die Erfahrung und die Kompetenz der Kandidaten für das verantwortungsvolle Amt des Oberbürgermeisters in unserer Stadt und entscheiden Sie erst dann.

Übrigens: Im Fall seiner Wahl wird sich Martin Runge sofort eine kleine Wohnung in Fürstenfeldbruck nehmen, später will er mit seiner Frau ganz nach Fürstenfeldbruck ziehen.

Hardy Baumann, Erich Löfflath, Klaus Quinten

Wir feiern den Brucker Frühling

Politik und Musik mit

Sepp Raith

und

Martin Runge

26. April 2017
ab 18.00 Uhr, kleines Zelt
auf dem Volksfestplatz
– Eintritt frei –

BBV

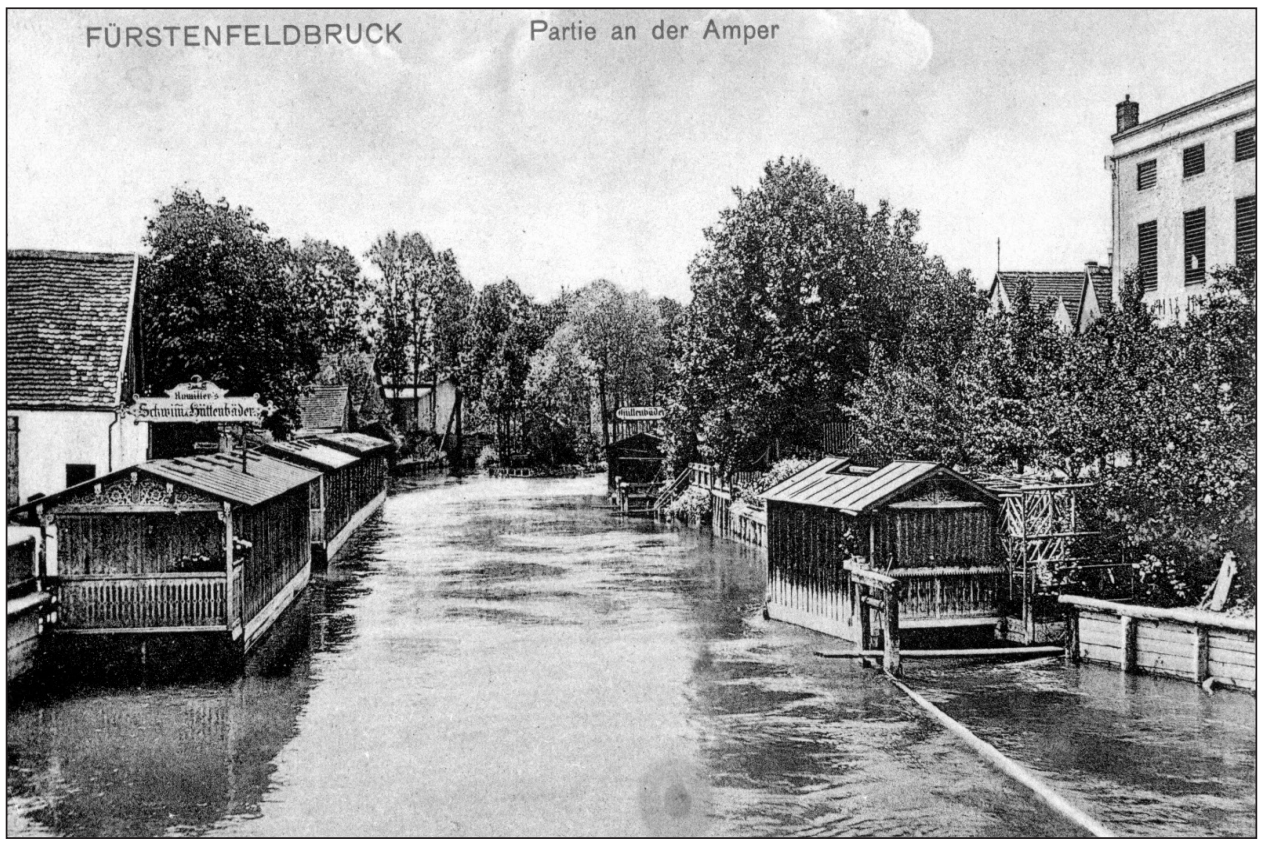
DIE BBV UND MARTIN RUNGE

Freundschaftliche Beziehungen seit über 25 Jahren

Das BBV-Team beim Turnier der Freizeitmannschaften auf der Lände, Ende der 90er Jahre; von links (hinten): Dr. Anton Huber, Klaus Quinten, Fred Härtl, Gastspieler Dr. Martin Runge, Thomas Huber, Karl Kerstan (Gastspieler), Harald Wasmer; vorne (von links): Gerhard Rumpel, Hardy Baumann, Guido Zingerl (Torwart, Gastspieler), Klaus Zieglmeier, Berti Windmayer. Foto: BBV-Archiv

Die Amper soll wieder Badegewässer werden

1977 war das Brucker Amperbad noch quirliger Mittelpunkt sommerlicher Freizeitaktivitäten, als man noch nicht an bakterielle Wasserbelastungen dachte. Bild: FOTO-Jahn



Nicht nur im Amperbad, sondern auch in privaten Badehäusern wurde früher Abkühlung gesucht. Hier: Blick von der Amperbrücke in Richtung Kneipp-Insel (Foto: Sammlung Elisabeth Knape)

Auf Initiative von OB Pleil wurde die bakterielle Belastung der Amper neu untersucht: Die Werte sind inzwischen so gut, dass vom Baden in der Amper nicht mehr abgeraten werden muss; in Grafrath, Schöngeising, in Bruck an der äußeren Schöngeisinger Straße und im Emmeringer Hölzl wird wieder vermehrt gebadet. Nur im Bereich des ehemaligen Amperbades ist unser Fluss nicht zugänglich, aber gerade dort wäre wegen der Wassertiefe und der geringen Strömung Schwimmen am besten möglich. Die Stadtwerke als Betreiber der Amperoase wollen aus haftungsrechtlichen und betrieblichen Gründen derzeit das Bad nicht fürs Flussschwimmen auf ihrer Seite öffnen. Nach deren Aussage könne sich die bakterielle Belastung durch Niederschläge, verbunden mit Einschwemmungen aus landwirtschaftlich genutzten Flächen, kurzfristig ändern.

Deswegen sollte zunächst das wenig attraktive, frei zugängliche Südufer landschaftsgestalterisch aufgewertet werden. Stege, Treppen und schwimmende Holzplattformen könnten hier zum Verweilen und Baden einladen; auch der Uferbereich in der Nähe des Klettergartens sollte so hergerichtet werden, dass er zum Baden verführt.

Christian Götz, Klaus Quinten

1989 bis heute: verordnete Tristesse, Stillstand und Aus für das Flussbad! Das Landratsamt erließ ein Badeverbot, weil die Belastung mit Kolibakterien die Grenzwerte der EU-Richtlinien für Badegewässer übertraf. Foto: Ortwin Scheider (1989)

Diese Brücke, früher Zentrum des Flussbades, ist ohne jede Funktion und deswegen seit Jahrzehnten gesperrt. Ist ihr weiterer Erhalt sinnvoll?

Sport: Dauerbrenner Eishalle

Die BBV hat schon mehrmals, zuletzt 2010, den Bau einer Eishalle, die der aktuellen Situation des Eissports in Fürstenfeldbruck gerecht werden würde, neben der bestehenden Eisfläche beantragt. Der EVF wäre endlich mit seinen acht Wettkampfmannschaften konkurrenzfähig, der ERCF wäre nicht mehr witterungsabhängig. Mit der Halle könnte auch den breitensportlichen Anforderungen Rechnung getragen werden: Kindergärten, Horte, Grundschulen und Ganztagesschulen wären in der Lage, ein wetterunabhängiges Angebot zu nutzen – ebenso wie die derzeit rund 30 Hobbyteams, die ansonsten kaum eine freie Fläche für ihren Sport finden. Lässt sich eine Eishalle am bisherigen Standort genehmigungsrechtlich nicht realisieren (Lärmschutz und andere Umweltauflagen), so ist ein Bau im Fliegerhorst neben der dortigen Schwimmhalle ins Auge zu fassen. Die Stadtwerke haben inzwischen zugesagt, die Voraussetzungen für einen dortigen Betrieb zu prüfen.

So traurig schaut's öfters aus im Brucker Eisstadion: Wind und Sonne sorgen dafür, dass trotz starker Eismaschinen kein Schlittschuhlaufen möglich ist. Es gibt neben Fürstenfeldbruck in Bayern nur noch eine Stadt vergleichbarer Größe, die keine Eishalle hat (unsere Nachbarstadt Dachau). Eine Eishalle ist kein Luxus: In einer für unsere Stadt ausreichenden Größe ist sie für ca. 5 Millionen Euro zu errichten. Die Betriebskosten sind durch höhere Einnahmen (längere Betriebsdauer durch Wetterunabhängigkeit und weniger Lärmimmissionen sowie Vermietungen) weitgehend auszugleichen und werden den städtischen Etat nicht und den der Stadtwerke kaum belasten. Foto: Ortwin Scheider

Unsere Vorschläge zum Thema Sport finden Sie unter: www.runge-ffb.de

Die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge im Fliegerhorst Fürstenfeldbruck

Es ist traurige Wahrheit: Auf unserem modernen Globus gibt es derzeit viele brutale kriegerische Auseinandersetzungen. Klimatische Veränderungen rauben zahlreichen Menschen die Lebensgrundlage, und aufgrund sozialer, wirtschaftlicher sowie politischer Probleme sind Menschen existentiell bedroht oder jeder Zukunftsperspektive beraubt. Dass Menschen zu Flucht und Auswanderung getrieben werden, ist so alt wie die Menschheit selbst.

von Willi Dräxler, Stadtrat (BBV) und Referent für Integration

2015: über 800.000 geflohene Menschen in Deutschland

Im Jahr 2015 hat diese Fluchtwelle, vor allem aus den bürgerkriegsgeplagten Ländern Syrien, Irak und Afghanistan, ihren traurigen Höhepunkt erlebt und es haben über 800.000 Menschen Schutz in Deutschland gesucht. Dies war und ist nach wie vor eine große Herausforderung für die Bundesrepublik, aber vor allem für die Städte und Gemeinden.

Fürstenfeldbruck war und ist bereit, seinen Beitrag zur Versorgung der Geflohenen zu leisten und bei denen, die bei uns bleiben, auch für deren Integration zu sorgen. Dies ist aber kein einfaches Unterfangen: Andere kulturelle Sozialisation sowie unterschiedliche Bildungsstandards spielen dabei ebenso eine Rolle wie der Mangel an Wohnraum in den Ballungszentren.

Unterbringung von Geflüchteten im Fliegerhorst statt in Turnhallen

Deshalb waren für die Unterbringung der geflohenen Menschen schnellstens freie Immobilien zu finden. Der Bund hat dafür einen Teil der nicht mehr genutzten Gebäude im Fliegerhorst bereitgestellt. Von der für die Unterbringung von Flüchtlingen primär zuständigen Behörde, der Regierung von Oberbayern, wurden dann umgehend rund 400 Personen untergebracht. Da es sich zu dieser Zeit um einen akuten Notfall handelte, hatte die Stadt auf die Umnutzung zunächst keinen formellen Einfluss. Nachdem die Zahl der Flüchtlinge im Laufe des Jahres 2015 rasant gestiegen war und das Landratsamt Fürstenfeldbruck im Rahmen der Notunterbringung weitere Plätze schaffen musste, kündigte Landrat Thomas Karmasin an, Turnhallen von Fürstenfeldbrucker Schulen dafür heranziehen zu wollen. Oberbürgermeister Klaus Pleil machte daraufhin die politische Aussage, sich gegen eine vorübergehenden Erhöhung der Platzzahl auf 600 in der Dependance Fliegerhorst nicht zu sperren – wenn im Gegenzug keine Brucker Hallen belegt werden.

Die Regierung von Oberbayern hat sich daran aber nie gehalten und die Platzzahl Zug um Zug, auch ohne baurechtliche Genehmigung, ausgebaut. Anfang 2016 waren es über 1.200 Bewohnerinnen und Bewohner.

Seit 2016 sind die Flüchtlingszahlen deutlich rückläufig. 2016 kamen nur mehr 280.000 Schutzsuchende nach Deutschland.

Die weitere Entwicklung im Jahr 2016 brachte mit sich, dass die Landeshauptstadt München die bisher als zentrale Erstaufnahmeeinrichtung genutzte Bayernkaserne von der Regierung von Oberbayern zurückforderte, um dort ihre eigenen städtebaulichen Pläne zu realisieren. Die Regierung versuchte in der Folge mit Vehemenz, die sogenannte Kurzaufnahme der „Bayernkaserne“ dauerhaft in den Fliegerhorst Fürstenfeldbruck zu verlagern. Für den Ablehnungsfall drohte die Regierung der Stadt, im Fliegerhorst dauerhaft 1600 Plätze für Flüchtlinge nach bisherigem Modus einzurichten. Bürgermeister Raff und die CSU stimmten daraufhin mit Unterstützung von Landrat Karmasin den Vorschlägen der Regierung zu, was aber erfreulicher Weise am Widerstand aller anderen Fraktionen scheiterte. Als aktueller Stand steht ein Angebot von 1.100 Plätzen, in Form einer Erstaufnahmedependance, was die CSU als Verhandlungsangebot preist. Die rückläufigen Flüchtlingszahlen rechtfertigen diese Platzzahl jedoch nicht.

Gefährdung der Willkommenskultur durch zu starke Belegung

Für die BBV ist dieses Vorhaben mit den geplanten Kapazitäten deshalb nicht akzeptabel. Wir setzen uns grundsätzlich für eine Willkommenskultur ein. Es kann allerdings nicht sein, dass Fürstenfeldbruck fast die Hälfte der Landkreisquote erfüllt und andere Gemeinden sich nicht oder kaum beteiligen. Zu viele Flüchtlinge an einem Ort sind von Nachteil für alle Betroffenen: Für die Betreuer, für die ehrenamtlichen Helfer und für die geflohenen Menschen selbst. Hilfsmaßnahmen und Integration werden besonders erschwert, und die Akzeptanz in der Bevölkerung sinkt. Die BBV wird deshalb mit Nachdruck eine Begrenzung der Platzzahl auf 600 einfordern.

Außerdem verlangen wir grundsätzlich bessere Rahmenbedingungen für viele Flüchtlinge, denn wir wollen ein gedeihliches Zusammenleben.

Bessere Rahmenbedingungen sind nötig

Die bayerische Staatsregierung hat die Verweildauer in der Erstaufnahme auf ein halbes Jahr erhöht. Ein Zugang zu Integrationskursen ist für viele Bewohnerinnen und Bewohner der Erstaufnahme kaum möglich. Zudem dürfen die Menschen nicht arbeiten. Das Bayerische Innenministerium hat außerdem per Verwaltungsanweisung viele Asylsuchende, deren statistische Bleibeperspektive als eher gering bewertet wird, von Arbeitsmarkt und Ausbildung ausgeschlossen. Die jungen Menschen haben inzwischen oft gut Deutsch gelernt, sich um ihre Integration bemüht und absolvieren häufig gerade ein Berufsvorbereitungsjahr. Sie jetzt im Herbst nicht zur Ausbildung zuzulassen, schafft großen Frust und ist volkswirtschaftlicher Unsinn. In Bayern können derzeit über 10.000 Ausbildungsplätze nicht besetzt werden. Auch die Gewerbeverbände lehnen sich gegen diese restriktive Politik auf.

Die BBV steht für bürgernahe und vernünftige Politik. Für Maß und Ziel und Gerechtigkeit. Kanzlerin Merkel hat einen „Marshallplan für Afrika“ gefordert. Die BBV fordert, den geflüchteten Menschen die Chance zu geben, selbst für ihren „Marshallplan“ arbeiten zu dürfen. Außerdem fordern wir von der Regierung von Oberbayern, die Planungshoheit über den Fliegerhorst wieder an die Stadt zurückzugeben.

VERKEHRSPOLITIK

S 4-Ausbau zügig voranbringen!

von Dr. Martin Runge

Die S 4 gehört zu den S-Bahn-Linien, die vor ihrer Einbindung in die Stammstrecke die meisten Fahrgäste haben. Ausgerechnet die S 4 hat aber keine eigenen Gleise, muss also im Mischverkehr fahren (neben den S-Bahnen Regional-, Fern- und Güterverkehr). Dringend notwendige Investitionsmaßnahmen wie beispielsweise die Entschärfung des Engpasses „Westkopf Pasing“ und der Ausbau bis Buchenau oder besser bis Grafrath wurden und werden immer wieder zugesagt, dann aber auch immer wieder in die fernere Zukunft verschoben. Gerade aber der Zwangspunkt „Westkopf Pasing“ wie auch generell der Mischverkehr sorgen für jede Menge an Verspätungen, die dann wiederum in die Stammstrecke und anschließend in das gesamte S-Bahn-Netz getragen werden.

Bereits im August 1991 erhielt die damalige Bundesbahn den Auftrag, Investitionsmaßnahmen zur Einführung des 10-Minuten-Taktes in der Hauptverkehrszeit für die Strecke zwischen Pasing und Buchenau zu planen. Mitte 2003 versprachen Bayerns Wirtschafts- und Verkehrsminister Otto Wiesheu und Bahnchef Hartmut Mehdorn, den Ausbau der Strecke bis Buchenau so voranzutreiben, dass bis zum Jahr 2009, spätestens aber bis 2010 der 10-Minuten-Takt möglich sei. Mit Beschlüssen der Bayerischen Staatsregierung und des Landtages im Frühjahr 2010 mit einer Mehrheit aus CSU, FDP und SPD zum Bahnknoten München wurde jedoch entschieden, dass der S 4-Ausbau nicht mehr erste Priorität genießen und, wenn überhaupt, nur mehr bis Eichenau geführt werden soll. Zu diesem Zeitpunkt wurde dann auch vom damals zuständigen Bayerischen Wirtschaftsministerium erklärt, die Strecke bis Buchenau künftig im 15-Minuten-Takt bedienen zu wollen, wofür keinerlei Investitionsmaßnahmen nötig seien.

Mit dem aktuell von der Staatsregierung vorgetragenen und vom Bayerischen Landtag abgesegneten Finanzierungskonzept für die zweite Münchner S-Bahn-Stammstrecke droht der Ausbau der S 4 gänzlich aufs Abstellgleis gesetzt zu werden. Denn die auch für den S 4-Ausbau vorgesehenen Finanzmittel werden für Jahrzehnte durch die Inanspruchnahme für das Milliardenprojekt zweite Stammstrecke blockiert. Auch ist das Fahrplankonzept für die S 4, das für den Zeitpunkt der Inbetriebnahme der zweiten Stammstrecke vorgesehen ist, so gestaltet, dass nach Auffassung der Verantwortlichen von Staatsregierung und DB AG kein Ausbau notwendig ist. Bemerkenswert am aktuell geplanten Fahrplankonzept ist zudem, dass es in den Abendstunden zu Taktausdünnungen vom jetzigen 20-Minuten-Takt auf einen 30-Minuten-Takt kommen soll. Der für tagsüber vorgesehene 15-Minuten-Takt dürfte aufgrund der Trassenüberlastung, zumal nach der Elektrifizierung der Bahnstrecke nach Lindau und einem Zuwachs an Fernverkehr, nur mehr mit noch größerer Fahrplanuntreue zu bewältigen sein. Auch der zuletzt ins Gespräch gebrachte dreigleisige Ausbau bis nach Eichenau kann hier kaum Abhilfe schaffen.

Seit der Bahnreform sind die Bundesländer für den Schienennahverkehr (SPNV) zuständig.

Deshalb unsere Forderungen an Staatsregierung und Bayerischen Landtag:

1. *Sich mit Nachdruck für den zügigen viergleisigen Ausbau des Westarmes der S 4 mindestens bis Buchenau einzusetzen.*
2. *Einer Durchfinanzierungsgarantie des Freistaates Bayern und einer Vorfinanzierung aus Mitteln des Freistaates für das Projekt Ausbau des Westarmes der S 4 zuzustimmen.*
3. *Zusätzliche Regionalzughalte über die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) bis zum Zeitpunkt einer besseren S-Bahn-Bedienung einzufordern.*
4. *Keinesfalls Taktverschlechterungen für die S 4 zuzulassen.*

Gemeinsam mit den Bürgermeistern und den Stadt- und Gemeinderäten der von der S 4 bedienten Städte und Gemeinden werden wir für die Durchsetzung dieser Ziele kämpfen.

Sparkasse Fürstenfeldbruck:

Geplante Sparkassenfusion muss auf den Prüfstand

Wichtige Fragen zu städtischen Einrichtungen gehören in den Stadtrat

VON
DR. MARTIN RUNGE

Foto: Erich August

Die Stadt und der Landkreis Fürstenfeldbruck sind zu gleichen Teilen Träger der Sparkasse Fürstenfeldbruck.

Mit einer Bilanzsumme von gut dreieinhalb Milliarden Euro und noch 25 Geschäftsstellen gehört die Kreis- und Stadtsparkasse Fürstenfeldbruck zu den größeren der bayerischen Sparkassen.

Sparkassen sind öffentliche Einrichtungen, sie haben einen öffentlichen Auftrag und sind somit dem Gemeinwohl verpflichtet. Gesetzliche Aufgabe von Sparkassen ist es, der Versorgung der Bevölkerung und der örtlichen Wirtschaft mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen zu dienen und das Sparen und die allgemeine Vermögensbildung zu fördern. Auch haben sie die Aufgabenerfüllung der Kommunen im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich zu unterstützen. Dezidiert genannt im Sparkassengesetz ist auch „die Berücksichtigung“ „der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise“.

Sparkassen müssen die Städte und Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen

Entscheidungen in und zu Sparkassen passen allerdings so gar nicht zum Status der öffentlichen Einrichtung und zum öffentlichen Auftrag. Selbst so grundsätzliche Sachverhalte wie Fragen zur strategischen Ausrichtung, zu Eröffnung oder Schließen von Geschäftsstellen oder zur möglichen Ausschüttung von Gewinnen an ihre kommunalen Träger werden allein im Verwaltungsrat in nichtöffentlicher Sitzung diskutiert und entscheiden.

Die Verwaltungsräte der drei Sparkassen Fürstenfeldbruck, Dachau und Landsberg haben unlängst die Prüfung einer Fusion der drei Sparkassen beschlossen. Wir sind der Auffassung, dass die Entscheidung, ob die Sparkasse Fürstenfeldbruck mit anderen Sparkassen fusioniert, dem Kreistag Fürstenfeldbruck und dem Fürstenfeldbrucker Stadtrat obliegt. Die Entscheidung von Kreistag und Stadtrat über eine mögliche Fusion darf aber nicht auf ein Abnicken oder Verneinen beschränkt sein. Vielmehr ist eine intensive, ergebnisoffene Debatte angesagt. Alle Fakten sind auf den Tisch zu legen, Ziele und Strategien sind transparent zu machen, Chancen und Risiken, Vor- und Nachteile eines Zusammenschlusses müssen intensiv diskutiert werden. Insbesondere muss auch dargelegt und diskutiert werden, was eine Fusion für die Anzahl der künftigen Geschäftsstellen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse und nicht zuletzt für ihre Kunden bedeuten würde.

Als Oberbürgermeister von Fürstenfeldbruck und damit dann auch als Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse werde ich mit Nachdruck die eben dargestellte Position gegenüber Vorstand und Verwaltungsrat der Sparkasse vertreten. Ganz grundsätzlich gilt es meiner Meinung nach, Kreistag und Stadtrat mehr in die Entscheidungsfindung zu wichtigen sparkassenpolitischen Fragen einzubinden. Auf Staatsregierung und Bayerischen Landtag wollen wir einwirken, dass die einschlägigen gesetzlichen Restriktionen für eine Beteiligung der kommunalen Gremien geändert werden.

Zu hinterfragen gilt es auch, ob nicht ein Teil der Überschüsse der Sparkasse an die beiden Träger Stadt und Landkreis Fürstenfeldbruck ausgeschüttet werden soll.

Foto: Erich August

Sparkasse: Informationsveranstaltung zur künftigen Entwicklung von der Stadt untersagt

Im Bürgerpavillon an der Heimstättenstraße (siehe Foto links) wollte am 2. März das Sozialforum Amper eine Informationsveranstaltung mit dem bekannten Sparkassenkritiker Dr. Rainer Gottwald (Landsberg) durchführen. Auf Beschwerde des Sparkassenvorstands (ein Anruf genügte offenbar) wurde diese Veranstaltung von der Stadtverwaltung untersagt – eine Entscheidung, die nachträglich vom 2. Bürgermeister Erich Raff gut geheißen wurde. Die Veranstaltung wurde dann 14 Tage später in einem Brucker Restaurant nachgeholt. Der Sparkasse möchte man etwas Gelassenheit, ja eine gewisse Souveränität im Umgang mit Kritikern wünschen!

Die Stadratsfraktionen der BBV, der SPD und der GRÜNEN bezweifeln, dass die Untersagung rechtmäßig war, und haben inzwischen eine Stellungnahme des Rechtsamtes und ggf. der Kommunalaufsicht beantragt.

Die BBV-Stadtratsfraktion mit OB-Kandidat Martin Runge und dem scheidenden OB Klaus Pleil am warmen Frühlingsabend des 28. März 2017 kurz vor der Stadtratssitzung

Oben, von links: Hardy Baumann, Christian Götz, Willi Dräxler, Tommy Beer, Dieter Pleil

Mitte, von links: Hermine Kusch, Klaus Quinten, Irene Weinberg, Karl Danke, JensStreifeneder;

vorne: Martin Runge und Klaus Pleil

Foto: Carmen Voxbrunner

Brucker LIchtspielhaus:

Türen auf! Film ab! Bühne frei!

Lichtspielhaus bei Nacht, großartig illuminiert Foto: Wolfgang Demmel

Wir setzen uns seit einigen Jahren für die Wiederbelebung des denkmalgeschützten Gebäudes in der Maisacher Straße ein.

Die Brucker Bürgervereinigung hatte bereits in ihrem Wahlprogramm 2014 den Kauf gefordert und mit OB Klaus Pleil Wort gehalten. Seit mehr als einem Jahr herrschte leider Stillstand bei der notwendigen Sanierung des Lichtspielhauses, weil nach der Erkrankung unseres OB Klaus Pleil die neue Stadtspitze kein echtes Interesse an dem Kino zeigte. Folgendes war und ist unser Ziel:

Die Innenstadt soll durch ein „Kulturprojekt für Alle“ belebt werden. Das Lichtspielhaus soll offen sein für hochwertiges Programmkino, für Kleinkunst, für städtische und private Veranstaltungen.

Vor einigen Monaten ist, vor allem durch ehrenamtliches und privates Engagement, wieder Bewegung in das Projekt gekommen, und im März hat sich der Stadtrat für das Konzept der IG Lichtspielhaus entschieden, die mit dem Kinobetreiber Eisele zusammenarbeitet, der bereits in München (Monopol und Arena) und Stegen (Alte Brauerei) für erfolgreiches Programmkino bekannt ist.

Historie

Das Lichtspielhaus wurde 1930 unter dem Brucker Architekten Adolf Voll im Stil der „Neuen Sachlichkeit“ errichtet. Nachdem viele Generationen von Bruckern das Kino kennen und lieben gelernt hatten, wurde der Betrieb 2013 wegen mangelnder Rentabilität eingestellt.

Ein Beschluss des Stadtrates, das Gebäude abzureißen, wurde vom Landesamt für Denkmalpflege untersagt. 2014 entschied sich dann der neu gewählte Stadtrat, angeregt von OB Klaus Pleil, für den Kauf des Lichtspielhauses.

Überplanung und Neugestaltung des Viehmarktplatzes:

Gemeinsamen Weg von Bürgern, BBV und GRÜNEN weitergehen

Der Viehmarktplatz ist als zentraler Platz im Herzen der Stadt Fürstenfeldbruck viel zu wertvoll, um ihn als Asphalt-Wüste und Abstellfläche für Autos zu belassen.

Schon lange war es unser Ziel, den Platz zu einem Ort mit hoher Aufenthaltsqualität für die Fürstenfeldbrucker Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Besucher der Stadt umzugestalten. Märkte wie der Grüne Markt und der Weihnachtsmarkt sollen selbstverständlich ebenso wie Stadt- und Bürgerfeste auf dem Viehmarktplatz weiterhin stattfinden. Und nicht zuletzt wollen wir mit der Umgestaltung die Attraktivität der Einzelhandelsgeschäfte, der Cafés und Restaurants am Platz und in dessen Umfeld verbessern helfen. Hierzu ist es wiederum erforderlich, alternative Parkmöglichkeiten zu schaffen und ein zielführendes Konzept zur Parkraumbewirtschaftung aufzustellen.

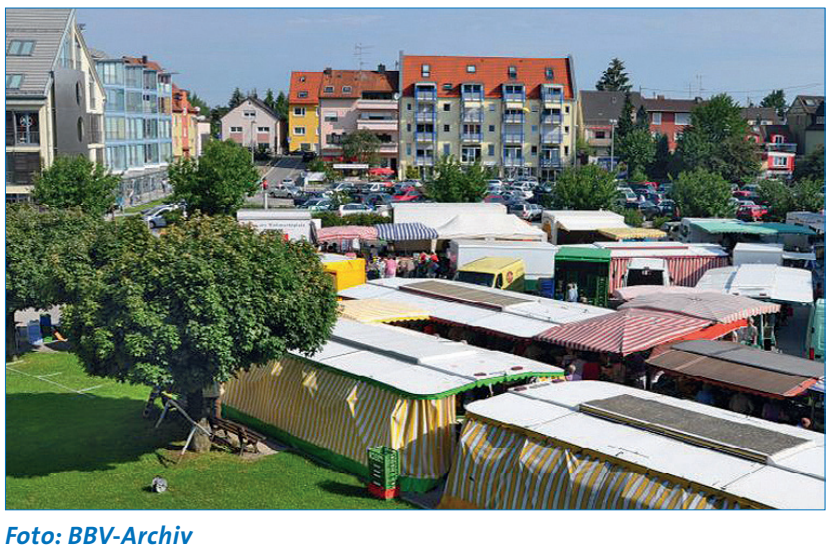


Foto: BBV-Archiv

Vor wenigen Jahren noch wollten die Stadtratsfraktionen von CSU, SPD und FW den nördlichen Viehmarktplatz mit einem monströsen Wohn- und Geschäftshaus von einem Investor zubauen lassen. Durch einen erfolgreichen Bürgerentscheid, initiiert von der BBV, konnten die in unseren Augen verfehlten Pläne verhindert werden, fast 80 Prozent der abstimmenden Fürstenfeldbrucker lehnten das Vorhaben der damaligen Stadtratsmehrheit ab.

Nach einem Moderationsverfahren, in dem die Bürgerwünsche zur Neugestaltung des Platzes konkretisiert wurden, und nach Formulierung der entsprechenden Entwurfsaufgaben durch einen von OB Klaus Pleil initiierten Projektkreis, wurden renommierte Architekturbüros mit der Fertigung von Plangutachten beauftragt.

Die Arbeiten der Architekten werden jetzt von Stadtrat und Stadtverwaltung sowie externen Experten eingehend geprüft und diskutiert. Vor der endgültigen Entscheidung, wie die Umgestaltung des Viehmarktplatzes konkret aussehen soll, werden selbstverständlich ein weiteres Mal die Fürstenfeldbrucker Bürger beteiligt, bevor 2018 dann die Bagger anrücken können.

Jan Hallbauer, Martin Runge, Ch. Stangl

Nicht mehr wegzudenken:

Alter Schlachthof – eine Institution braucht Hilfe

Aquarell: Hans Seitz

Der Alte Schlachthof wäre bereits dem Verfall preisgegeben, hätte dort nicht der Verein Subkultur seine Heimat gefunden. Das Gebäude, das 1909-1911 nach den Plänen des Brucker Architekten Adolf Voll entstand, zeigt trotz der Verfalls-Tristesse immer noch die Funktionsästhetik seiner Zeit und muss dringend saniert werden.

Foto: Erich August

In diesem Teil des Schlachthof-Komplexes ist der Verein Subkultur untergebracht. Toilettencontainer verunzieren das Gebäude. Gegenüber liegend gibt es ein kleines Gebäude, in dem bereits früher Sozialräume mit Toilette untergebracht waren. Wir fordern weiterhin die Renovierung dieser Räume und ihre Verwendung als öffentliche Toilettenanlage.

Verkehr in der Innenstadt.

Wie geht's weiter mit der Amperbrücke?

Nicht eine Sperrung der Amperbrücke wie 1914 (aus Propagandagründen, 1. Weltkrieg!) haben wir Brucker in naher Zukunft zu erwarten, vielmehr beabsichtigt das Straßenbauamt Abriss und Neubau als Ersatz für die denkmalgeschützte Brücke.

Unser Ziel ist eine Sanierung der Brücke und (kontrollierte!) Sperrung für LKW über 12 Tonnen. Diese ist schon wegen der engen Kurve am Rathaus geboten, wo längere LKW immer wieder Radfahrer gefährden.

Unser ausführliches Verkehrsprogramm finden Sie unter: www.runge-ffb.de

Zeichnung: Otto Kubel (Näheres im Adressbuch, Straßenteil), Postkartensammlung Elisabeth Knape

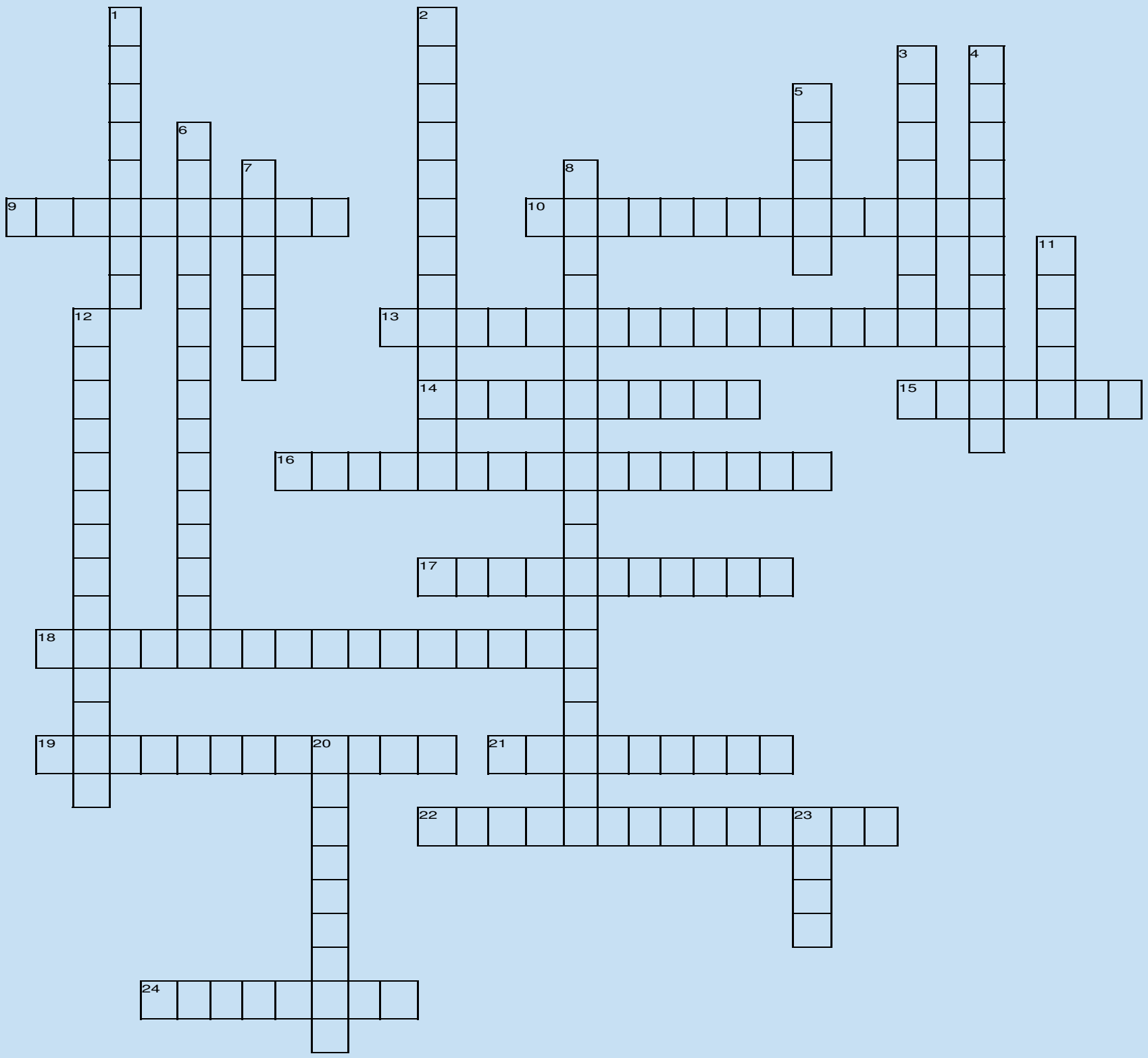
BRUCKER RÄTSEL: MILLER, DIE KOPFLOSE UND DER ALTE GRAF

Waagerecht

9. Erfrischt die Brucker
10. Jährliche Kutschfahrt
13. Berühmter Brucker Erzgießer (Vor- und Nachname)
14. Brucker Stromversorger
15. Brucker Boxclub
16. Heimstätte der Subkultur
17. Bekannter Pucher Baum
18. Brucker Footballer
19. Brucker Karikaturist und Maler (Vor- und Nachname)
21. Partnerstadt in Italien
22. Ort des BBV Festes
24. Stadtteil im Brucker Westen

Senkrecht

1. Gebäude der Stadtbibliothek
2. Gründerorden des Klosters
3. Beliebter Brezenbäcker
4. Stil der Klosterkirche Fürstenfeld
5. 13. Dezember Fest der Heiligen
6. Berühmte Kopflose
7. Bauernhofmuseum im Landkreis FFB
8. Brucker Kulturstätte
11. Graf aus dem Mittelalter
12. Museum am Brucker Bahnhof
20. Stadt mit den meisten Einwohnern im Landkreis FFB
23. St. Peter und Paul steht in



Aus der Süddeutschen Zeitung vom 12. Januar 2017

Märchen ohne Happy End

Der Schuhmachermeister Klaus Pleil aus Fürstenfeldbruck nahm es mit den Riesen der CSU auf und wurde 2014 Oberbürgermeister. Der 53-Jährige arbeitete sich auf und erlitt 2015 einen Herzinfarkt. Nun ist klar, dass er nicht zurückkehrt.

VON
STEFAN SALGER

Eine Figur wie ein Holzfäller, ein Händedruck wie ein Schraubstock. So hat man den Fürstenfeldbrucker

Oberbürgermeister Klaus Pleil in Erinnerung. 2014 deklassierte er in der Stichwahl den Konkurrenten der Christsozialen. Da wirkte alles wie ein politisches Märchen. Ein Märchen vom Schuhmachermeister, der auszog, um es mit den Riesen von der CSU aufzunehmen. Ein gutes Jahr später, im August 2015 wurde klar, dass für dieses Märchen kein Happy End geschrieben wird. Alles wurde zu einem einzigen Albtraum: Der damals 52-Jährige erlitt im Sommerurlaub eine Herzattacke, von der er sich bis heute nicht erholt hat. Deshalb wird in der Kreisstadt im Münchner Nordwesten voraussichtlich im Mai ein neuer Oberbürgermeister gewählt.

Menschlich ist das eine Tragödie. Auch deshalb, weil am 30. März 2014 für den Politiker der Brucker Bürgervereinigung (BBV) ein Lebenstraum in Erfüllung zu gehen scheint. Im Sitzungssaal des Rathauses steht er da, in Jeans und Lederjacke. Und hinter ihm wächst der an die Wand projizierte blaue Balken und der Abstand zum grauen Balken wird immer größer. Der graue Balken, das sind die Stimmen für den CSU-Bewerber. Der blaue Balken, das sind die Stimmen für Pleil. 62,31 Prozent werden es am Ende sein. Die Rechnung ist aufgegangen. Pleil profitiert nicht nur von der allgemeinen Wechselstimmung im Land, sondern auch von seinem standhaften Kampf gegen zwei Projekte, die von der Stadtratsmehrheit vorangetrieben worden sind: Pleil war zum Wortführer zweier Bürgerbegehren geworden, im Kampf gegen die Bebauung des innerstädtischen Viehmarktplatzes und gegen den Umzug der Stadtwerke an die Peripherie.

Nicht alle im Stadtrat können mit seiner hemdsärmeligen Führung etwas anfangen

Dienstwagen? Brauche ich nicht. Der Fürstenfeldbrucker Oberbürgermeister war immer mit dem Fahrrad unterwegs. FOTO: GÜNTER REGER

Es gibt ein Foto, das Pleil zeigt, wie er an jenem Wahlsonntag fast ungläubig und mit Tränen in den Augen auf die beiden Balken starrt. Der Applaus der Besucher im Rathaus und der höfliche Händedruck des unterlegenen Mitbewerbers holen ihn zurück ins Hier und Jetzt. Amtsinhaber Sepp Kellerer von der CSU, der nach 18 Jahren an der Spitze der Stadt aus Altersgründen nicht mehr antreten durfte, schenkt ihm Sekt ein und wirkt gar nicht so arg traurig über den Wahlverlauf, als er um 18.31 Uhr ruft: „Fürstenfeldbruck hat einen neuen Oberbürgermeister!“ Pleil bringt nur noch einen dürren Satz heraus:

„Für mich ist das jetzt einfach der Wahnsinn.“

Natürlich verschwinden ein paar vollmundige Versprechungen aus der dicken Wahlkampfbroschüre der BBV in der Schublade. Etwa die „richtige“ Ortsumfahrung der Bundesstraße 2, die „her muss“, aber wenig überraschend am Widerstand der Nachbarkommunen scheitert. Und doch bleibt der gebürtige Fürstenfeldbrucker, der seine beiden Orthopädie-Schuhgeschäfte nebst einer kleinen Softwareschmiede mit insgesamt 25 Mitarbeitern an seinen Sohn Sebastian übergibt, seiner Linie treu.

Pleil verbiegt sich nicht. Dienstwagen? Brauch ich nicht: Er fährt mit dem Fahrrad. Feierabend oder freies Wochenende? Brauch ich nicht: Fast immer brennt spätabends noch das Licht im Dienstzimmer mit Blick über den Marktplatz. Eine Krawatte bindet er sich nur im allergrößten Notfall um. Bei der Vereidigung vergisst er, das Herstelleretikett am Ärmel zu entfernen. Für viele Bürger bleibt er der, den sie als Handballtrainer, Skilehrer, als Mitbegründer der Stadtmarketinggruppe oder auch sechs Amtsperioden lang als Stadtrat kennengelernt haben: „der Klaus“. Mitarbeiter loben den „frischen Wind im Rathaus“.

Pleil redet nicht nur, er packt selbst an. So wie er es gemacht hat, seit er sich in jungen Jahren gegen das Studium und für die Übernahme des elterlichen Betriebs entschieden hat. Einmal geht er herüber zum Haushaltswaren-Tienemann und ersteht für 35 Euro das Stück ein paar Ruheliegen und einen Sonnenschirm – für die Mittagspause der Mitarbeiter.

Dann aber steht der Bautechniker auf der Matte, um das dafür vorgesehene Wiesenstück auf Begehbarkeit zu untersuchen. Und jemand stellt die Frage, wie diese Ausgabe denn bitte schön über den Haushalt abzurechnen sei. Es ist die erste Lektion Bürokratie für den Unternehmer. Dass jemand als Freinachtscherz die auch von Pleil geforderte Radspur auf der Hauptstraße ziemlich unbürokratisch mit blauer Farbe auf der Fahrbahn einzeichnet – tja, da könne er nun wirklich nichts dafür, sagt Pleil und kann sich ein breites Grinsen nicht verkneifen.

Nicht alle im Stadtrat können mit Pleils hemdsärmeliger Amtsführung etwas anfangen. So wie ein altgedienter SPD-Stadtrat, der sich über kurzfristig abgesagte Ausschusssitzungen beschwert. „Des derfst du dir ned g’fallen lassen“, schimpft Pleils Schwiegermutter. Und so lässt der OB das eben an sich abperlen.

Pleil hat noch Glück: Zwei Krankenschwestern sind in der Nähe und reanimieren ihn

Ende August 2015 dann der Schock: Beim Familienurlaub auf einem Campingplatz am Neusiedler See in Österreich ist Pleil an einem Sonntag stundenlang beim Surfen. Zurück am Ufer, bricht er plötzlich zusammen. Herzinfarkt. Pleil hat noch Glück: Zwei Krankenschwestern sind in der Nähe und reanimieren ihn, holen ihn wieder ins Leben zurück. Tagelang bleibt Pleil im künstlichen Koma. Sein unbändiger Wille hilft ihm durch die Monate dauernden Rehas. In Fürstenfeldbruck übernimmt derweil Stellvertreter Erich Raff, 62, von der CSU die Amtsgeschäfte. Es stellt sich als glückliche Fügung heraus, dass der Polizeihauptkommissar, der gut ein Jahr zuvor in Pension gegangen ist, den Vollzeitjob übernehmen kann. Er orientiert sich weitgehend an Pleils Linie. Auch als sich die Genesung hinzieht und die Krankschreibung immer wieder verlängert wird, halten sich die Stadtratsfraktionen zurück. Einen ersten, sehr kurzen öffentlichen Auftritt hat Klaus Pleil beim Neujahrsempfang der Stadt im Januar vor einem Jahr. Er ist hager und gezeichnet von dem, was er durchgemacht hat.

Das erste Interview gibt der Oberbürgermeister im März der SZ. Er zeigt sich entschlossen: „Ich will unbedingt weitermachen!“ Doch es wird deutlich, dass der Weg zurück in den Alltag steinig ist. An die Ereignisse in Österreich kann sich Pleil nicht erinnern. Zudem hat er Probleme, sich über einen längeren Zeitraum hinweg zu konzentrieren.

Er hadert mit dem Schicksal: „Gerade in den ersten Amtsjahren wäre es doch so wichtig, präsent zu sein.“ Seine Frau Claudia schirmt ihren Mann ab und bremst ihn, wenn der zu schnell zu viel will – die Gesundheit hat Vorrang.

Als der Oktober, für den Pleils Stellvertreter eine schrittweise Rückkehr ins Rathaus in Aussicht gestellt hatte, verstreicht, wird immer deutlicher, dass sich der Genesungsprozess noch lange hinziehen könnte. Die Stadtspitze sucht das Gespräch mit Pleil, dieser stimmt einer amtsärztlichen Untersuchung zu. Mit einer „Dienstfähigkeit“ des Oberbürgermeisters binnen eines halben Jahres sei nicht zu rechnen, sagt der Mediziner. Unter Berufung auf das Gutachten setzt der Stadtrat Ende 2016 das formale Entlassungsverfahren in Gang. Einen freiwilligen Rücktritt kann es nicht geben, würde der OB dadurch doch die Leistungen aus der Berufsunfähigkeitsversicherung riskieren. Die aber sind wichtig für ihn, weil er wegen der kurzen Amtszeit keine Pension erhält.

Und so wird der am kommenden Montag zu einer Sondersitzung einberufene Stadtrat aller Voraussicht nach beschließen, Pleil „aufgrund dauernder Dienstunfähigkeit mit Ablauf des 30. April 2017 aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit zu entlassen“. Am 7. Mai soll es dann OB-Neuwahlen geben. Es könnte der Schlusspunkt einer aussichtsreichen politischen Karriere sein. Andere müssen sein ehrgeiziges Projekt fortführen. Das Projekt Fürstenfeldbruck. Einen Mitarbeiter, der sich mit der zivilen Umnutzung des Fliegerhorsts beschäftigt, hatte Pleil – in guten Zeiten – einmal unverblümt gefragt: „Sind Sie bereit, die geilste Stadt der Welt zu planen?“

Genehmigter Abdruck aus der Süddeutschen Zeitung vom 12. Januar 2017

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:
Brucker Bürgervereinigung (BBV)
Pucher Straße 36, 82256 FFB,
www.bbv-ffb.de

REDAKTION: Erich Löfflath, Klaus Quinten

TEXTE: Hardy Baumann, Monika Beer, Tommy Beer, Willi Dräxler, Christian Götz, Jan Halbauer, Annemarie Hochberger, Erich Löfflath, Klaus Quinten, Dr. Martin Runge, Stefan Salger (SZ), Christian Stangl

FOTOS UND ZEICHNUNGEN: Erich August, Wolfgang Demmel, Günther Reger, Ortwin Scheider, Hans Seitz, Carmen Voxbrunner, Wolfgang Zwanzger, Sammlung Elisabeth Knape, BBV-Archiv

LAYOUT: BZwoDesign, FFB

DRUCK: Amper-Druck Verlag, Fürstenfeldbruck

AUFLAGE: 17.000 Stück

Auch Martin Runge bevorzugt das Fahrrad als Dienstfahrzeug. Foto: Wolfgang Zwanzger